

DIE LINKE. Sachsen

1. Tagung des 14. Landesparteitages

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 14. Landesparteitag

A.1. *DIE LINKE. Sachsen im Bundestagswahlkampf 2017*

ÄA.1.12. Änderungsantrag zum Leitantrag

Beschluss der 1. Tagung des 14. Landesparteitages der LINKEN. Sachsen am 29. April 2017 in Glauchau

Der Landesparteitag möge beschließen, die Zeilen 50 bis 63 zu ersetzen:

Alt:

„1.4. Wir stecken bereits mitten im Kulturkampf um Demokratie

Der Kampf um eine offene Gesellschaft, in der die „freie Entwicklung des Einzelnen die Voraussetzung der freien Entwicklung aller ist“ — wie dies DIE LINKE in ihrem Programm beschreibt —, der Kampf um eine demokratische Gesellschaft hat nunmehr den Charakter einer weltweiten tiefgreifenden kulturellen Auseinandersetzung angenommen. Nationalstaatliche Abschottung, verstärkte Diskriminierung, patriarchale Gesellschaftsvorstellungen und rassistische Menschenbilder stehen in diesem Kulturkampf als vermeintliche Alternativen auf der Gegenseite — oft verbunden mit denselben neoliberalen Wirtschaftsmodellen, deren Auswirkungen sie vermeintlich bekämpfen wollen. Dieser Kulturkampf ist nur zu gewinnen, wenn zugleich für einen Ausbau der Demokratie und einen funktionierenden Sozialstaat gekämpft wird, wenn wir LINKE hier sehr konkrete Ideen entwickeln bzw. unsere vorhandenen Ideen fortentwickeln. Diese Auseinandersetzungen müssen einhergehen mit dem Kampf gegen Diskriminierungen, z.B. auf Grund von Herkunft oder Geschlecht und dem Unterbreiten von Vorschlägen für die Etablierung einer offenen, solidarischen Gesellschaft und dem Erkämpfen besserer Lebensbedingungen für alle Menschen im Land.“

Neu:

„1.4. Wir brauchen ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem

Der vom Neoliberalismus geprägte globale Kapitalismus befindet sich längst in einer Mehrfachkrise. In deren Verlauf haben verschiedene Formen von Gewalt zugenommen, die immer stärker die „neue“ kannibalische Weltordnung prägen: (imperialistische) Kriege, Repressionen, Ungleichheit jeder Art, autoritärer Rechtspopulismus und Neofaschismus, massive Aushöhlung der Demokratie, Zerstörung der Umwelt im planetarischen Maßstab, gigantische Finanz-Crashes usw. Auch in den reichen Ländern des Westens und insbesondere in der EU nehmen Armut, soziale Unsicherheit und Abstiegssängste zu. Die Bürgerinnen und Bürger verlieren immer mehr Einfluss auf politische Entscheidungen, wohingegen Lobbyisten, ökonomische Eliten und insbesondere internationale Konzerne ihre Macht ausbauen können. DIE LINKE agiert in dieser Auseinandersetzung als sozialistische und emanzipatorische Partei und verbindet das Eintreten für Antirassismus, Feminismus und Internationalismus mit ihrem Kampf für soziale Verbesserungen vor allem zugunsten der Lohnabhängigen und Prekarisierten: „Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.“ (Erfurter Programm)“

DIE LINKE. Sachsen

1. Tagung des 14. Landesparteitages

Begründung:

Die vorliegende Passage des Leitantrages schreibt dem schillernden Begriff „Kulturkampf“ eine weltweite Dimension zu. Dessen Verwendung impliziert, die Ursachen der globalen Probleme einschließlich Rassismus, Geschlechterdiskriminierung usw. lägen statt in den kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsverhältnissen vor allem im vermeintlichen „Kampf der Kulturen“, wie er von Samuel P. Huntington in seinem gleichnamigen Buch Mitte der 1990er Jahre dargelegt wurde. Huntingtons These, die Großkonflikte der Gegenwart und Zukunft seien vor allem Konflikte und Kämpfe von Kulturen, floss umfänglich in die Argumentationsmuster der Neuen Rechten ein; sie verschleiert damit auch den Charakter vieler wirtschafts- und sozialpolitischer „Reformen“, die für breite Bevölkerungsschichten oftmals nachteilig sind. Linke und LINKE hingegen führen den Kampf gegen die kapitalistischen Verhältnisse und für eine Gesellschaft, in der die „freie Entwicklung des Einzelnen die Voraussetzung der freien Entwicklung aller ist“.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: **Übernahme durch Antragssteller*in als Ergänzung**